

Stand: 19.04.2024 15:05:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/1533

"Entwicklung eines Konzepts für die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg"

---

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/1533 vom 17.06.2009
2. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 18.06.2009
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/2301 des SO vom 07.10.2009
4. Beschluss des Plenums 16/2406 vom 22.10.2009
5. Plenarprotokoll Nr. 31 vom 22.10.2009

## **Dringlichkeitsantrag**

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger** und **Fraktion (FW)**

### **Entwicklung eines Konzepts für die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, aufzuzeigen, wie grundsätzlich die weitere Nutzung der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Würzburg geplant ist, und darüber hinaus ein Konzept bis Ende 2009 zu erarbeiten, das Alternativen einer menschenwürdigen Unterbringung von Asylbewerbern in der GU aufzeigt, und sofern dies nicht verfolgt werden kann, eine Schließung der GU Würzburg einzuleiten.

#### **Begründung:**

Die dramatischen Zustände in der Würzburger Gemeinschaftsunterkunft sind derzeit bundesweit im Gespräch; bereits in den Tagesthemen wurde darüber berichtet. Sogar Sozialministerin Christine Haderthauer beschreibt diese GU als ein Beispiel, das zum Handeln auffordert. In der Würzburger GU sind derzeit 450 Flüchtlinge (darunter 70 Kinder) untergebracht. Der Würzburger Stadtrat stellte „unmenschliche Zustände“ (u.a. wohnen dort 5 bis 6 Personen in einem Zimmer und die GU ist von Stacheldraht umgeben, einige wohnen schon 8 bis 10 Jahre dort) fest und Oberbürgermeister Georg Rosenthal wurde von Stadträten aller Fraktionen aufgefordert, sich für die Schließung der GU einzusetzen.

Es ist aber auch nicht blinder Aktionismus (z.B. kurzfristige hektische Verlegung in andere Flüchtlingslager) sinnvoll, sondern eine längerfristige Planung im Sinne aller Betroffenen. In Abstimmung mit den verschiedenen Wohlfahrtsverbänden soll daher bis Ende 2009/Anfang 2010 ein Konzept entwickelt werden, das zu einer spürbaren Verbesserung der Situation der Asylbewerber führt.

(Beifall und Heiterkeit bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu trenne ich die drei Anträge.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1531 - das ist der Antrag der FDP - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Der Antragsteller und die CSU-Fraktion. Gegenstimmen? - Die SPD, Frau Pauli und die Freien Wähler. Enthaltungen? - Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1539 - das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich ums Handzeichen. - Das sind die Antragsteller, die SPD-Fraktion, die Freien Wähler und Frau Pauli. Gegenstimmen? - Die beiden anderen Fraktionen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/1540 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist - - Jawohl! Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist genau das gleiche Stimmergebnis wie vorher. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag auch abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf Drucksachen 16/1533 und 16/1535 mit 16/1537 werden an die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt folgen einige Bekanntgaben. Zuerst das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu den beiden Dringlichkeitsanträgen auf Offenlegung der Agrarzahlungen. Der Antrag auf Drucksache 16/1528 wurde von der SPD gestellt. Mit Ja haben 50 Mitglieder des Hohen Hauses gestimmt, mit Nein 110. Es gab zwei Stimmenthaltungen. Dieser Antrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Soziales, Familie und Arbeit**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,  
Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FW)**  
Drs. 16/1533

**Entwicklung eines Konzepts für die Schließung der Gemeinschaftsun-  
terkunft in Würzburg**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung in folgender Fassung:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, aufzuzeigen, wie grundsätzlich die weitere Nutzung der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Würzburg geplant ist, und darüber hinaus ein Konzept bis Ende 2009 zu erarbeiten, das Alternativen einer menschenwürdigen Unterbringung von Asylbewerbern in der GU aufzeigt.“

Berichterstatterin: **Ulrike Müller**  
Mitberichterstatterin: **Brigitte Meyer**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 14. Sitzung am 25. Juni 2009 beraten und **einstimmig** in der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 42. Sitzung am 7. Oktober 2009 mitberaten und **einstimmig** der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

**Joachim Unterländer**  
Stellvertretender Vorsitzender

## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

#### **Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger und Fraktion (FW)**

Drs. 16/1533, 16/2301

#### **Entwicklung eines Konzepts für die Schließung der Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, aufzuzeigen, wie grundsätzlich die weitere Nutzung der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Würzburg geplant ist, und darüber hinaus ein Konzept bis Ende 2009 zu erarbeiten, das Alternativen einer menschenwürdigen Unterbringung von Asylbewerbern in der GU aufzeigt.

Die Präsidentin

I.V.

**Prof. Dr. Peter Paul Gantzer**

II. Vizepräsident

**Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde:** Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

### **Abstimmung**

**über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 1)**

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listen-Nummern 2, 4 und 10, die auf Antrag der Fraktionen der SPD und der FDP einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Vielen herzlichen Dank. Gegenprobe? - Enthaltungen? - Auch dies ist einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

